



## **Sitzungsniederschrift**

Gremium : **Haupt- und Finanzausschuss**

Sitzungsort : **Großer Ratssaal**

Sitzungstag : **Montag, 02.03.2009**

Sitzungsbeginn : **17:00 Uhr**

Sitzungsende : **18:45 Uhr**

### **Vorsitz**

Herr Bürgermeister Helmut Predeick

### **Teilnehmer**

Frau Marita Brormann	als Vertretung für Frau Köß
Frau Monika Bushuven	
Frau Andrea Geiger	Als Vertretung für Herrn H. Junkerkalefeld
Herr Johannes-Heinrich Gresshoff	
Herr Daniel Hagemeyer	Als Vertretung für Herrn Bäumker
Frau Hildegard Hödl	
Herr Winfried Kaup	
Herr Karl-Friedrich Knop	
Frau Beatrix Koch	
Herr Peter Kwiotek	
Frau Elisabeth Lesting	
Herr Ralf Niebusch	
Herr J.-Francisco Rodriguez	
Herr Paul Tegelkämper	
Herr Hans-Gerhard Voelker	

### **Verwaltung**

Herr Reinhold Becker  
Frau Kirsten Beermann  
Herr Volker Combrink

Frau Heike Ewers  
Frau Mechthild Gröver  
Herr Frank Hauke, Techn. Beigeordneter  
Frau Lina Haver  
Herr Klaus Heitmeier  
Herr Ulrich Hölken  
Herr Willi Höpker  
Frau Bettina Jathe  
Herr Michael Jathe, Erster Beigeordneter  
Herr Ludger Junkerkalefeld  
Herr Helmut Jürgenschellert  
Herr Helmut Kröger  
Herr Andreas Langer  
Herr Hans-Peter Mülders  
Frau Inga Nordalm  
Herr Markus Rhein-Schomburg  
Herr Bernhard Rose  
Herr Dieter Rüschoff  
Herr Jakob Schmid  
Herr Frank Siemer  
Herr Norbert Tigges  
Herr Karl-Bernd Wiegard  
Herr Thomas Wulf

**Schritfführer**

Herr Johannes Stüer

**Gäste**

Herr Peter Hellweg  
Frau Anne Wiemeyer

**es fehlten entschuldigt:**

Herr Oliver Bäumker  
Herr Heinz Junkerkalefeld  
Frau Barbara Köß

Vertreten durch Herrn Hagemeier  
Vertreten durch Frau Geiger  
Vertreten durch Frau Brommann

## Inhaltsverzeichnis

<b>Öffentliche Sitzung</b>	<b>Seite:</b>
1. Befangenheitserklärungen	4
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 27.10.2008	4
3. Dringlichkeitsentscheidung - Überplanmäßige Aufwendung zur Bewirtschaftung der baulichen Anlagen Vorlage: B 2009/011/1465	4-5
4. Antrag der SPD-Fraktion aus der Ratssitzung am 01.12.2008 - EVO-Sozialtarif	5
4.1. Anfrage der SPD-Fraktion - Leistungen für Unterkunft und Heizung Vorlage: M 2009/011/1464	5
4.2. Sachstandsbericht zu Heizungs- und Stromkostenanteilen für Empfänger von SGB II, SGB XII und Wohngeldleistungen - Beratung des Antrags der SPD-Fraktion auf Einführung von EVO-Sozialtarifen für Energie Ergänzung zur Vorlage B 2008/011/1375 aus der Ratssitzung vom 01.12.2008 Vorlage: B 2009/II/1446	5-9
5. Antrag der FWG-Fraktion - Verwaltungsbericht über die Sportstättensituation in Lette Vorlage: B 2009/011/1474	9-10
6. Nordostverbindung Autobahnanschluss Herzebrock-Clarholz / Landstraße L 806 Vorlage: B 2009/661/1489	10-13
7. Haushaltssatzung 2009 Vorlage: B 2009/201/1445	13-28
8. Verschiedenes	28
8.1. Mitteilungen der Verwaltung	28
8.2. Anfragen an die Verwaltung	28

Herr Bürgermeister Predeick begrüßt die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses, die anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörer sowie Herrn Reimann von der „Glocke“.

Weiter stellt Herr Bürgermeister Predeick fest, dass form- und fristgerecht eingeladen worden und der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist.

Anschließend eröffnet er die Sitzung.

### **Öffentliche Sitzung**

#### **1. Befangenheitserklärungen**

Es erklärt sich niemand für befangen.

#### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Oelde nimmt Kenntnis.

#### **2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 27.10.2008**

#### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss genehmigt einstimmig die Niederschrift über die Sitzung am 27.10.2008.

#### **3. Dringlichkeitsentscheidung - Überplanmäßige Aufwendung zur Bewirtschaftung der baulichen Anlagen Vorlage: B 2009/011/1465**

Herr Bürgermeister Predeick und Herr Langer erklären:

Durch den Umstieg auf die Doppik sind Rechnungsbeträge, die den Zeitpunkt der Leistungserbringung im Vorjahr haben, auch über den Jahreswechsel hinaus im alten HH-Jahr zu verbuchen. Mit Datum vom 27.01.2009 ging die Jahresendabrechnung des Jahres 2008 der EVO ein.

Insgesamt sind für alle Hochbauten der Stadt Oelde noch 55.000 Euro an Nachzahlungen zu leisten. Darüberhinaus sind noch die Abschläge für Dezember 2008 für das TMG und das Rathaus in Höhe von ca. 20.000 Euro zu zahlen.

Im Deckungskreis stehen aktuell noch ca. 6.000,- Euro zur Verfügung.

#### **Begründung für die Dringlichkeit:**

Fälligkeit besteht mit Zugang der Rechnung.

## **Haushaltsrechtliche Deckung**

Die Deckung der überplanmäßigen Aufwendung In Höhe von 70.000,00 EUR bei der Planstelle: 01.10.01. / 5242001, Bezeichnung: Bewirtschaftung der baul. Anlagen ist wie folgt gewährleistet:

70.000,- EUR Mehrertrag bei der Planstelle 16.01.01. / 4614001, Bezeichnung: Zinserträge

### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig im Wege der Dringlichkeit gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW, der überplanmäßigen Aufwendung In Höhe von 70.000,- EUR bei der Planstelle: 01.10.01. / 5242001 Bezeichnung: Bewirtschaftung der baul. Anlagen zuzustimmen.

## **4. Antrag der SPD-Fraktion aus der Ratssitzung am 01.12.2008 - EVO-Sozialtarif**

### **4.1. Anfrage der SPD-Fraktion - Leistungen für Unterkunft und Heizung Vorlage: M 2009/011/1464**

Herr Bürgermeister Predeick erklärt:

Mit Schreiben vom 21.12.2008 hat die SPD-Fraktion eine Anfrage an die Stadtverwaltung bezüglich der Leistungen für Unterkunft und Heizung gestellt. Zuständigkeitshalber hat die Stadt Oelde die Anfrage an die Arbeitsgemeinschaft SGB II im Kreis Warendorf, Herrn Peter Wapelhorst, weitergeleitet.

Die Antwort von Herrn Wapelhorst ist der SPD-Fraktion bereits zugegangen und liegt der Einladung der heutigen Sitzung als Anlage zur Kenntnisnahme bei.

### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Oelde nimmt Kenntnis.

### **4.2. Sachstandsbericht zu Heizungs- und Stromkostenanteilen für Empfänger von SGB II, SGB XII und Wohngeldleistungen - Beratung des Antrags der SPD-Fraktion auf Einführung von EVO-Sozialtarifen für Energie Ergänzung zur Vorlage B 2008/011/1375 aus der Ratssitzung vom 01.12.2008 Vorlage: B 2009/II/1446**

Herr Bürgermeister Predeick erklärt:

In der Ratssitzung am 01.12.2008 wurde von Seiten der politischen Vertreter die Verwaltung gebeten, zur Vorbereitung der weiteren Beratung über den SPD-Antrag zur Einführung von Sozialtarifen für Gas bzw. Strom bei der EVO GmbH, Informationen zusammenzustellen, ob und in welchem Umfang Bezieher von Leistungen des SGB-II, SGB-XII bzw. Bezieher von Wohngeld im Rahmen dieser Sozialtransferleistungen bereits anteilige Leistungszuschüsse zu den Energie- und Heizkosten erhalten.

Nachfolgende Übersicht dient zur Vorbereitung der weiteren Beratung dieser Angelegenheit im Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Oelde. Die Sach- und Rechtslage stellt sich wie folgt dar:

## I. Wohngeldbezieher (ab 01.01.2009):

Seit dem 01.01. 2009 wird aufgrund des § 12 Abs. 6 WoGG den Wohngeldbeziehern erstmalig neben dem Mietkostenzuschuss auch ein anteiliger **Heizkostenzuschuss** gewährt. Dessen Höhe wird in Abhängigkeit von der Anzahl der Haushaltsmitglieder pauschaliert. Bei der Ermittlung der pauschalierten Summen hat der Gesetzgeber fiktiv einen Heizkostenzuschussbetrag von etwa 0,50 € / m<sup>2</sup> Wohnfläche monatlich unterstellt.

Anzahl der bei der Wohngeldberechnung zu berücksichtigten Haushaltsmitglieder	Betrag für Heizkosten im Monat	Jahresbetrag
1	24 €	288 €
2	31 €	372 €
3	37 €	444 €
4	43 €	516 €
5	49 €	588 €

Der Mehrbetrag für jedes weitere zu berücksichtigende Haushaltsmitglied beträgt 6 € mtl.

Für die Heizperiode Oktober 2008 bis März 2009 wird nach § 44 Wohngeldgesetz darüber hinaus ein einmaliger, zusätzlicher Wohngeldbetrag zum Ausgleich der erhöhten Energiekosten ausgezahlt werden. Maßgeblich ist dabei, dass in zumindest einem Monat des vorgenannten Zeitraumes Wohngeld bezogen wurde. Der einmalige, zusätzliche Wohngeldbetrag beträgt für

- eine zu berücksichtigende Person 100,00 €,
- zwei zu berücksichtigende Personen 130,00 €,
- drei zu berücksichtigende Personen 155,00 €,
- vier zu berücksichtigende Personen 180,00 €,
- fünf zu berücksichtigende Personen 205,00 €,
- jede weitere zu berücksichtigende Person zusätzlich 25,00 €

Die Leistung des einmaligen, zusätzlichen Wohngeldbetrages erfolgt von Amts wegen.

## II. Bezieher von Leistungen nach dem SGB II:

### Strom

Gemäß § 20 SGB II enthalten die aus Bundesmitteln finanzierten Regelleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts insbesondere Anteile für Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, **Haushaltsenergie** (ohne die auf die Heizung anfallenden Anteile), Bedarfe des täglichen Lebens sowie in vertretbarem Umfang auch Beziehungen zur Umwelt und eine Teilnahme am kulturellen Leben. Unter den Begriff „Haushaltsenergie“ fallen Leistungen für Strom sowie für die Warmwasseraufbereitung.

Dabei werden die Ausführungen des Bundessozialgerichts in seiner Entscheidung vom 27. Februar 2008 zu Grunde gelegt. Danach wurde der Anteil der Haushaltsenergie mit 6,3 % der Regelleistung veranschlagt; hiervon entfallen 30 % auf die Warmwasserbereitung.

Also:

- Regelleistung Haushaltsvorstand 351,00 € mtl.  
davon 22,23 € mtl. / 266,67 € jährlich für Haushaltsenergie unterteilt in:

6,67 € mtl. / 80,04 € jährlich für Warmwasser  
 15,56 € mtl. / 186,72 € jährlich für Strom

- Entsprechend betragen die Energiekostenanteile in den Regelleistungen
  - \* für weitere volljährige Haushaltsangehörige: mtl. 20,00 € / jährlich 240,00 €  
 (davon jährlich für Strom: ca. 168 €)
  - \* für Kinder bis 14 Jahren: mtl. 13,34 € / jährlich 160,08 €  
 (davon jährlich für Strom: ca. 112 €)
  - \* für Kinder über 14 Jahren: mtl. 17,78 € / jährlich 212,36 €  
 (davon jährlich für Strom: ca. 150 €)

#### **Bedeutet:**

#### **Jahresenergiekostenanteil aus SGB II- Leistungen (Strom + Warmwasser)**

1 Erwachsener	:	266 €
2 Erwachsene	:	506 €
1 Erwachsener, 1 Kind bis 14 Jahren:		426 €
2 Erwachsene, 1 Kind bis 14 Jahren:		666 €
2 Erwachsene, 2 Kinder ( 10 + 15 ) :		878 €

#### **Heizenergie**

Ferner werden nach den Bestimmungen des SGB II neben den in den Regelbarleistungen enthaltenen Energiekosten im Rahmen der von den **Kommunen** zu tragenden Unterkunftskosten auch **Heizkosten bis zu dem sich aus nachfolgender Tabelle ergebenden Höchstbetrag** übernommen.

Jahreshöchstbetrag für Heizenergiekostenübernahme nach SGB II in Euro in Abhängigkeit von der Haushaltsgröße:

	1 Person	2 Personen	3 Personen	4 Personen
Kohle	492	648	816	972
Öl	852	1140	1416	1704
Gas	876	1116	1356	1596
Strom	876	1128	1392	1656

#### **III. Bezieher von Leistungen nach dem SGB XII**

Sie erhalten Leistungen für Energie und Heizkosten in gleicher Höhe wie oben unter II dargestellt.

Somit stehen einer im Hilfebezug stehenden 3-köpfigen Familie mit einem Kind jährlich zwischen ca. 1.800 und 2.050 € für die Energiebeschaffung zur Verfügung.

#### **IV. Anrechnung von Leistungen**

Dem SGB II wie auch dem SGB XII wohnt der Grundsatz inne, ein und dieselbe Bedarfsposition nicht im Wege der Doppelgewährung mehrfach zu begünstigen. Soweit Dritte für denselben Zweck, für den auch

Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch gewährt werden (hier: Energiekostenanteile), ebenfalls Leistungen erbringen, sind diese daher im Regelfall als Einkommen bedarfsmindernd anzusetzen.

Würde die Stadt Oelde **im Rahmen des Familienpasses Energiekostenzuschüsse** an sozial bedürftige Familien zu gewähren, wären diese nach Auskunft der zuständigen ARGE SGB II im Kreis Warendorf gemäß § 11 SGB II bedarfsmindernd bei den Empfängern als Einkommen zu berücksichtigen, da es sich um zweckbestimmte Einnahmen in Geld oder Geldeswert handelt, die dem gleichen Zweck wie die Sozialleistungen dienen .

Aber auch dann, wenn alternativ die **EVO „subventionierte = vergünstigte Energiebezugspreise“** einführen würde, kann nicht ausgeschlossen werden, dass es sich im Falle einer vergünstigten /subventionierten Sozialtarifgewährung um einen „subventionierten Sachleistungsbezug“ handelt, der als sogenannte „zweckbestimmte geldwerte Leistung“ im Sinne des § 11 SGB II anzusehen wäre und damit gleichwohl als Einkommen zu berücksichtigen wäre. Diese Rechtsfrage kann abschließend derzeit durch die Stadt nicht geklärt werden, weil hierzu derzeit entsprechende Rechtsprechung nicht bekannt ist. Eine Anrechnung würde nur dann entfallen, wenn es sich um zweckbestimmte Einnahmen/Leistungen handeln würde, die einem andere Zweck, als die Leistungen nach dem SGB II/XII zu dienen bestimmt wären. Die ist bei Energie- und Heizkosten aber regelmäßig nicht der Fall.

Neben den vorgenannten Problemen der Anrechnung von Einkommen lassen nach Rücksprache mit den zuständigen Sachbearbeitern für SGB II/XII sowohl die Einführung eines Sozialtarifes des Energieversorgers wie auch die alternative Einführung eines besonderen städtischen Energiezuschusses im Rahmen des Familienpasses folgende weiteren Risiken entstehen:

- Die gesetzlich geforderte Einkommensanrechnung oder Anrechnung als geldwerte Sachleistung bewirkt eine Entlastung des Bundeshaushaltes zu Lasten des kommunalen Haushaltes der Stadt Oelde, ohne dass den Empfängern letztendlich mehr Geld verbliebe,
- Sozialtarife bzw. Sondertransferleistungen forcieren Zuzüge Bedürftiger nach Oelde
- Es ist Aufgabe des Gesetzgebers (Bund), die Regelleistungen zu bemessen, deren Angemessenheit zu prüfen und ggfls. anzupassen. Bei Nichtauskömmlichkeit sind neben dem Gesetzgeber auch die Gerichte Kontrollorgane zur Wahrung der Rechte der Betroffenen.
- Vergünstigungen nur in einer Kommune des Kreises führen zu „Ungleichbehandlung“ innerhalb der kreisweit agierenden ARGE.
- Ferner bietet diese Regelung keinen Anreiz zum sparsamen Umgang mit Energie. Das widerspricht dem notwendigen Klimaschutz. Beratungen zu sparsamem Umgang mit Energie wären besser und nachhaltiger.

Die Zusammensetzung der Regelsatzleistungen nach dem SGB II/XII und die Heizkostenanteile kann den Anlagen entnommen werden.

Des Weiteren weist die Verwaltung auf Folgendes hin:

Nach Mitteilung der ARGE SGB-II im Kreis WAF sind von den 560 Bedarfsgemeinschaften in Oelde nur 45, also etwa 8 %, Inhaber einer Eigentumswohnung bzw. eines eigenen Hauses. Die deutlich überwiegende Anzahl wohnt dagegen in Mietwohnungen, welche im Regelfall in Mehrfamilienhäusern untergebracht sind. Meistens verfügen diese Mehrfamilienhäuser heute über eine Zentralheizungsanlage mit einem zentralen Gasanschluss (dezentrale Autogeysersysteme je Wohnung gibt es allenfalls teilweise für die Warmwasserbereitung). Es gibt dabei dann wegen der Heizenergiekosten nur ein Vertragsverhältnis zwischen der EVO und dem Hauseigentümer/Verwalter, nicht aber zwischen EVO und dem jeweiligen Mieter/SGB-II Bezieher. Sozialtarife des Energieversorgers würden bereits dann in der Umsetzbarkeit an ihre Grenzen stoßen, wenn in einem Miethaus mit nur einem Gaszähler/einer Zentralheizungsanlage in verschiedenen Wohnungen sowohl "bedürftige" wie auch "nicht bedürftige" Personen/Familiengemeinschaften leben würden. Denn er Energieversorger rechnet nur zentral den Gesamtverbrauch der Abnahmestelle mit dem Eigentümer/Verwalter des Hauses ab.

Im Anschluss an die Ausführungen von Herrn Bürgermeister Predeick erklärt Herr Rodriguez, der Vorschlag der Vorlage, in der heutigen Sitzung einen Beschlussvorschlag für den Rat zu erarbeiten, sei prinzipiell in Ordnung. Es sei jedoch kritisch zu betrachten, wenn die (zum Teil bereits erfolgten) Vorberatungen in Fachausschüssen sowie den Gremien der WBO und EVO übergangen werden würden.

Herr Bürgermeister Predeick erklärt, dass der Rat die Vertreter in den Gremien der WBO und EVO direkt anweisen könne.

Herr Rodriguez erklärt, dass eine Förderung im Bereich der Gaskosten sowie eine Bezuschussung über den Familienpass nach den Informationen von Herrn Bürgermeister Predeick ausscheiden würden.

Frau Lesting erklärt, das Thema sei bereits im Ausschuss für Familien und Soziales behandelt worden. Herr Bürgermeister Predeick bestätigt dies, erklärt jedoch, dass kein Ergebnis erzielt worden sei.

Herr Voelker erklärt, die Gremien der EVO und WBO würden noch vor der nächsten Ratssitzung tagen. Somit könnte das Thema auch dort vorberaten werden.

Herr Bürgermeister Predeick erklärt, er glaube, es sei Wunsch der SPD-Fraktion, zunächst die entsprechenden Ausschüsse des Rates einzubeziehen.

Herr Jathe weist nochmals darauf hin, dass jede direkte Leistung der Stadt auf die Leistungen nach dem SGB-II bzw. SGB-XII angerechnet würde. Daher käme nur eine direkte Leistung der EVO in Frage. Eine solche könnten der Rat und seine Ausschüsse jedoch nicht beraten und beschließen.

Herr Bürgermeister Predeick schlägt vor, das Thema zunächst nochmals in den Fraktionen zu beraten und in der Sitzung des Rates am 30.03.2009 erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und beschließt einstimmig, das Thema nochmals interfraktionell zu beraten und für die Sitzung des Rates am 30.03.2009 erneut auf die Tagesordnung setzen zu lassen.

### **5. Antrag der FWG-Fraktion - Verwaltungsbericht über die Sportstättensituation in Lette Vorlage: B 2009/011/1474**

Herr Knop erklärt:

Mit Schreiben vom 02.02.2009 beantragt die FWG-Fraktion, der Haupt- und Finanzausschuss möge in seiner Sitzung am 02.03.2009 beschließen, dass zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 16.03.2009 ein schriftlicher Bericht der Verwaltung über die Sportstättensituation in Lette erfolgt.

Näheres ist dem beigefügten Antrag zu entnehmen.

Im Anschluss an die Ausführungen von Herrn Knop beantragt Frau Hödl in Namen der FDP-Fraktion, den Antrag der FWG-Fraktion um einen Bericht über die Situation aller Sportstätten in dem gesamten Stadtgebiet Oeldes zu erweitern.

### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Oelde beschließt einstimmig, dass die Verwaltung zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 16.03.2009 einen schriftlichen Bericht über die Sportstättensituation im gesamten Stadtgebiet Oeldes vorlegt.

### **6. Nordostverbindung Autobahnanschluss Herzebrock-Clarholz / Landstraße L 806 Vorlage: B 2009/661/1489**

Herr Hauke erklärt mithilfe einer Powerpoint-Präsentation (als Anlage beigefügt):

Die Verbindung des neuen Autobahnanschlusses „Herzebrock-Clarholz“ über die Kreisstraße K 13 zur Gemeindestraße der Stadt Oelde „Am Landhagen“ zur Landstraße L 806 ist eine verkehrsbedeutende Verkehrsverbindung im Nord-Osten und bietet Möglichkeit, das Stadtgebiet weiträumig zu umfahren, wodurch eine innerstädtische Verkehrsentlastung erzielt werden soll.

#### **Ausbau Am Landhagen durch die Stadt Oelde**

Die Gemeindestraße „Am Landhagen“ soll zeitgleich im Zuge der Ausbaumaßnahmen der Kreisstraße K 13 ausgebaut werden. Folgende Maßnahmen sind geplant:

1. Verbreiterung der Straße: Außerorts von ca. 6,50 m auf 7,00 m Breite
2. Erhöhung der Bauklasse: Von Bauklasse III auf II
3. Bau eines Radweg: Außerorts, auf der Südseite
4. Bau eines Kreisverkehrs: Kreuzungspunkt L 806 / Am Landhagen

#### **Kosten / Förderung**

Eine Anmeldung zum Antrag auf Gewährung einer Zuwendung wurde am 24.05.2008 gestellt. Der Förderantrag (FÖRI-Str, kommunaler Straßenbau) wird derzeit erstellt und bis zum 31.05.2009 eingereicht.

Die überschläglich ermittelten Gesamtkosten der Maßnahme „Am Landhagen“ beinhalten die Planungs- und Baukosten sowie den Grunderwerb für den Radwegebau und werden auf ca. 2.300.000,00 Euro geschätzt.

Die Förderhöhe beträgt 60% (effektiv ca. 55%)<sup>(1)</sup>, so dass sich die Kostenverteilung wie folgt darstellt:

<u>Gesamtkosten:</u>	ca. 2.300.000,00 Euro	
<u>Förderung Land:</u>	ca. 1.380.000,00 Euro	(1.265.000,00 Euro) <sup>(1)</sup>
<u>Eigenanteil Stadt Oelde:</u>	ca. 920.000,00 Euro	(1.035.000,00 Euro) <sup>(1)</sup>

#### **Zeitraum**

In Abstimmung mit dem Kreis Warendorf. Derzeit ist die Planung für das Jahr 2009 und die bauliche Umsetzung für die Jahre 2010 bis 2011 vorgesehen.

**Hinweis**

Aufgrund der überörtlichen Bedeutung der Verkehrsverbindung wird die Gemeindestraße „Am Landhagen“ voraussichtlich durch den Kreis in einem Tauschverfahren übernommen.

### Ausbau der K13 Oelde-AUREA durch den Kreis Warendorf

Gemäß Kostenaufstellung des Amtes für Umweltschutz beim Kreis Warendorf vom 27.08.08 betragen die Baukosten der Straße einschl. der Eisenbahnbrücke insgesamt ca. 4.600.000 €, der Anteil des Kreises beträgt 3.884.000 €.

Zunächst war man von Gesamtzusendungen von 70 % der Baukosten ausgegangen, diese wurden jedoch auf 60 % = 2.330.440 € reduziert, so dass der vom Kreis aufzubringende Anteil nunmehr = 1.553.600 € beträgt.

Die Baukosten des Kreises werden im Haushalt wie folgt veranschlagt:

2009	=	100.000 €
2010	=	2.000.000 €
2011	=	1.784.000 €.

Die erwarteten Zusendungen werden analog des II. BA der K4 geschätzt, und zwar für

2009	=	60.000 €	
2010	=	173.000 €	
2011	=	466.000 €	
2012	=	350.000 € und	
2013			=
			1.281.700 €.

Somit entsteht für die Jahre 2009 bis 2011 eine Finanzlücke von insgesamt 3.185.000 €, die lt. Kreiskämmerer Dr. Funke durch Kassenkredite zu finanzieren sind.

In einem Gespräch wurde seitens der Vertreter des Kreises erklärt, dass es in vergleichbaren Fällen üblich sei, dass der Ausbau einer Kreisstraße auf Gemeindegebiet in überwiegendem Interesse der jeweiligen Stadt bzw. Gemeinde liegt und dann

1. die Stadt/Gemeinde den Kreisanteil in voller Höhe oder zumindest in hohem Maße übernimmt und
2. die Baumaßnahme vorfinanziert.

Da hier jedoch gemeinsam mit dem weiteren Ausbau der Gemeindestraße vom Landhagen bis Bäumker ein überörtliches Interesse an einem Ausbau der K13 als Autobahnzubringer besteht, andererseits in der Stadt Oelde dadurch eine Verkehrsentslastung entsteht, wurde seitens der Vertreter des Kreises vorgeschlagen, dass die Stadt Oelde

1. den 10%-igen nicht geförderten Anteil von den Kosten des Kreises = 388.400 € übernimmt und
2. die gesamte Maßnahme vorfinanziert, damit die anderen Städte und Gemeinden des Kreises nicht über die Zinsbelastung diese Straße letztlich über die Kreisumlage mitfinanzieren.

Im weiteren Gespräch wurde erklärt, dass auch die Stadt Oelde dann entsprechende Kassenkredite aufnehmen muss und der Kreis die Zuschüsse 2012 und 2013 von insgesamt 1.631.700 € an die Stadt Oelde weiterleiten müsse. Daher wurde vorgeschlagen, die zusätzliche Zinsbelastung des Kreises durch Übernahme der zu errechnenden Zinslast zu übernehmen. Eine genaue Zinssumme kann nicht genannt werden, weil sie einerseits vom Zeitpunkt der Baukosten, andererseits vom Eingang der Zusendungen beim Kreis abhängt. Die Belastung des städt. Haushaltes wird vorsichtig mit 180.000 € geschätzt.

Dieses Ergebnisgespräch wurde Herrn Dr. Funke am 04.11.2008 mitgeteilt **vorbehaltlich der Zustimmung des Rates der Stadt Oelde**.

Ein entsprechender Vereinbarungsentwurf sollte vom Kreis Warendorf erarbeitet werden, liegt aber bisher nicht vor.

Im Anschluss an die Ausführungen von Herrn Hauke betont Herr Bürgermeister Predeick, dass ein entscheidender Faktor für den baldigen Ausbau des Landhagens / der K13 der Brückenbau der Bahn sei. Diese werde sich an den Kosten für den Bau einer neuen Brücke über die Eisenbahnschienen an der Rhedaer Straße beteiligen.

Herr Rose ergänzt bezüglich der Vorfinanzierung, ein erneutes Gespräch mit dem Kreisbaudirektor Herrn Gnerlich habe ergeben, dass die Bezirksregierung Münster aufgrund der besonderen überörtlichen Bedeutung der Straße die Ausbaumaßnahme evtl. mit 65% statt 60% fördere. Somit würde sich der seitens des Kreises Warendorf von der Stadt Oelde erbetene Zuschuss auf 5% = 194.000,- EUR reduzieren. Zudem könnten die staatlichen Zuschüsse eher als erwartet an den Kreis gezahlt werden, so dass die mögliche Zinsbelastung der Stadt Oelde geringer ausfallen könnte. Endgültige Gewissheit erlange der Kreis jedoch erst durch den entsprechenden Bewilligungsbescheid, der ca. im Mai/Juni 2009 erwartet werde, so Herr Rose weiter.

Herr Hauke ergänzt, dass die Überlegungen, den Landhagen als eine Ortsumgehungsstraße zu nutzen, schon seit einigen Jahren im Flächennutzungs- sowie im Gebietsentwicklungsplan enthalten seien.

Herr Rodriguez erklärt, er sehe weiterhin keine zeitliche Enge für die Durchführung der Maßnahme. Die Förderanträge zur Gewährung von Zuwendungen für den Straßenbau könnten noch bis zum 31.05.2009 eingereicht werden. Weiterhin habe der Kreis insgesamt 1,5 Jahre für die Maßnahmen eingeplant. Dies beinhalte auch den Neubau der Eisenbahnbrücke. Die am Landhagen durchzuführenden Maßnahmen würden jedoch keinesfalls so lange dauern. Auch deshalb bestehe kein Grund zur Eile. Der Kreis wolle die Maßnahmen ohnehin wohl erst Ende 2009 ausschreiben und 2010 vergeben. Weiter erklärt Herr Rodriguez, dass seit den Gesprächen mit Herrn Dr. Funke vom Kreis am 04.11.2008 genügend Zeit gewesen sei, den Rat vor der Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung zu diesem Thema in der Ratssitzung am 26.01.2009 über den Sachstand zu informieren. Auch seien die genannten Gesamtkosten von 2,3 Mio. EUR sehr hoch für das auszubauende Teilstück zwischen dem Ortsschild Oelde und der Kreuzung mit der Rhedaer Straße / Möhler Straße (Ecke Bäumker). Die Gesamtmaßnahme sei zudem im Kreishaushalt mit 4,7 Mio. EUR etatisiert. Ein Zuschuss der Stadt Oelde in Höhe von 5% an den Kreis sei daher mehr als die von Herrn Rose genannten 194.000,- EUR. Das Thema solle daher zunächst im Ausschuss für Planung und Verkehr vorberaten und frühestens in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 16.03.2009 wieder in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Herr Tegelkämper erklärt, dass die verkehrliche Entlastung der Innenstadt durch eine Umgehungsstraße seit Jahren gewünscht sei. Nun bestehe die Möglichkeit, diesen Wunsch umzusetzen. Da die Maßnahmen möglichst zeitgleich durchgeführt werden sollten, um eine längere Sperrung der Straße zu vermeiden, sei ein schnelles Handeln erforderlich. Insgesamt habe die Stadt bei den Vereinbarungen für den Ausbau des Landhagens / der K13 mit dem Kreis ein sehr gutes Ergebnis erzielen können.

Herr Bürgermeister Predeick stimmt dem zu, erklärt aber gleichzeitig, die Anmerkungen von Herrn Rodriguez nachvollziehen zu können. Er schlage daher vor, das Thema zunächst im Ausschuss für Planung und Verkehr am 11.03.2009 und anschließend im Haupt- und Finanzausschuss am 16.03.2009 zu besprechen.

Herr Voelker äußert im Namen der FDP-Fraktion Bedenken bezüglich der 194.000,- EUR städtischen Zuschusses sowie der geplanten Übernahme der Zinslast des Kassenkredites des Kreises. Die Kreisumlage betrage bereits ca. 12 Mio. EUR, die weitere Bezuschussung stelle daher im Prinzip eine

Doppelsubventionierung dar. Aufgrund der überörtlichen Bedeutung der K13 könne der Kreis die Kosten der Maßnahme komplett übernehmen.

Herr Bürgermeister Predeick erklärt, in diesem Fall seien die Zahlung des Zuschusses sowie die Übernahme der Zinslast durch die Stadt Oelde vernünftig. Ansonsten müssten andere Gemeinden des Kreises im Prinzip über die Kreisumlage den Bau des Landhagens / der K13 sowie die Zinslast mitfinanzieren. Genauso müsste dann Oelde bei möglichen, vom Kreis getragenen Straßenbaumaßnahmen in anderen Städten diese über die Kreisumlage mitfinanzieren.

Herr Rodriguez erklärt sich abschließend mit dem Verfahren, die Thematik zunächst im Ausschuss für Planung und Verkehr, dann erneut im Haupt- und Finanzausschuss und schließlich im Rat zu beraten, einverstanden und bittet um Prüfung, wo im Haushaltsentwurf der städtische Zuschuss in Höhe von 5% der Gesamtkosten verbucht sei, sowie um eine Auflistung, welche Maßnahmen (Radweg, Fahrbahndecke, Flächenerwerb...) welchen Anteil an dem Gesamtbetrag von 2,3 Mio. EUR hätten.

### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt Kenntnis von der Sachlage und beschließt einstimmig, das Thema zur weiteren Beratung zunächst in den Ausschuss für Planung und Verkehr zu verweisen und in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 16.03.2009 erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

## **7. Haushaltssatzung 2009 Vorlage: B 2009/201/1445**

Herr Rose stellt zunächst die Änderungsliste der Verwaltung vor (als Anlage beigelegt).

Herr Hagemeier bittet darum, die Änderungsliste in Zukunft etwas größer und ggf. im Querformat auszudrucken.

Bezüglich des Konjunkturpakets II erklärt Herr Rose, dass es seit dem letzten Informationsschreiben des Bürgermeisters an die Ratsmitglieder keinen neuen Sachstand gebe. Die Ratsmitglieder würden selbstverständlich weiterhin informiert, sobald sich Neuerungen ergeben würden.

Weiter erklärt Herr Rose, dass die Dienstanweisung über die Vergabe von Bauleistungen und Leistungen vom 24.07.2006 den erhöhten Wertgrenzen für freihändige und beschränkte Vergaben angepasst worden sei. So würden die Wertgrenzen im Falle von Bauleistungen 100.000,- EUR für die freihändige Vergabe und 1.000.000,- EUR für die beschränkte Ausschreibung betragen. Leistungen anderer Art könnten bis zu einem Wert von 100.000,- EUR sowohl frei vergeben als auch beschränkt ausgeschrieben werden. Die Beteiligungsrechte von Rat und Haupt- und Finanzausschuss bei der Vergabe von Aufträgen sei hierdurch nicht beeinträchtigt.

Herr Bürgermeister Predeick erklärt, die Verwaltung habe – anders als in vielen anderen Städten geschehen – noch keine abschließende Liste mit möglicherweise förderfähigen Maßnahmen erstellt, da noch nicht endgültig feststehe, welche Maßnahmen überhaupt gefördert würden. Derzeit zeichne sich jedoch ab, dass energetische Maßnahmen an Schulen förderfähig seien. Die Mittel aus dem Konjunkturpaket II müssten außerdem ab 2012 anteilig zurückgezahlt werden. Der Rechnungsprüfungshof des Bundes werde die zweckmäßige Verwendung der Mittel prüfen.

Herr Niebusch fragt an, ob es bei einer möglichen Weiterleitung der Fördermittel an städtische Einrichtungen (z.B. Eigenbetriebe) Einschränkungen bezüglich deren Rechtsform gebe. Herr Rose erklärt, die Mittel könnten auch an Töchter der Kommunen und andere Einrichtungen weitergeleitet werden. Zudem müssten diese – anders als die Kommunen selbst – neben den Fördermitteln einen Eigenanteil von 12,5% für die Umsetzung von Maßnahmen nach dem Konjunkturpaket II leisten.

Im Folgenden tragen die Fraktionen ihre Änderungsanträge sowie Fragen zum Haushaltsplanentwurf vor.

### **Anträge und Anfragen der CDU-Fraktion**

Herr Gresshoff erklärt, die CDU-Fraktion habe sich intensiv mit dem Haushaltsplanentwurf 2009 beschäftigt. Einige Positionen und Zusammenhänge seien nur schwierig nachvollziehbar. Im Folgenden trägt Herr Gresshoff die Änderungsanträge der CDU-Fraktion vor.

<b>Produkt</b>	<b>Maßnahme / HH-Stelle</b>	<b>Seite</b>	<b>Benennung</b>
03.XX.XX	5272001		Schülerbeförderungskosten

Herr Gresshoff beantragt im Namen der CDU-Fraktion, auch im kommenden Schuljahr eine Sitzplatzgarantie in Schulbussen anzubieten. Hierfür solle der Ansatz im Haushaltsplanentwurf entsprechend erhöht werden.

Ansatz 2009            726.600,- EUR                            Antrag neuer Ansatz 2009            881.600,- EUR

<b>Produkt</b>	<b>Maßnahme / HH-Stelle</b>	<b>Seite</b>	<b>Benennung</b>
03.03.03			Kosten zur Errichtung neuer Klassen für die Realschule

Herr Gresshoff erklärt, dass aufgrund der 183 Neuanmeldungen an der Realschule temporär neue Kapazitäten geschaffen werden müssten.

Ansatz 2009            0,- EUR    Antrag neuer Ansatz 2009            Zu ermitteln

<b>Produkt</b>	<b>Maßnahme / HH-Stelle</b>	<b>Seite</b>	<b>Benennung</b>
05.03.02	5281001	424	Aufwendungen für sonstige Sachleistungen

Herr Gresshoff beantragt im Namen der CDU-Fraktion, die o.g. Planungsposition um 3.000,- EUR für die Anschaffung von Sachgegenständen sowie um nochmals 3.000,- EUR zur Deckung laufender Kosten (z.B. für den Druck von Informations-Flyern) zu erhöhen:

Ansatz 2009            7.000,- EUR                                    Antrag neuer Ansatz 2009            13.000,- EUR

<b>Produkt</b>	<b>Maßnahme / HH-Stelle</b>	<b>Seite</b>	<b>Benennung</b>
05.03.02	5421001	424	Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeit

Herr Gresshoff beantragt im Namen der CDU-Fraktion, die o.g. Planungsstelle für die Fortbildung von Ehrenamtlern wie folgt zu erhöhen:

Ansatz 2009            3.500,- EUR                            Antrag neuer Ansatz 2009            5.500,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
01.01.01	5491003, 5491004, 5491005, 5491006	10	Verfüungsmittel der Bezirksausschüsse

Herr Gresshoff beantragt im Namen der CDU-Fraktion, die Verfügungsmittel der Bezirksausschüsse um 20 Cent je Einwohner zu erhöhen.

BZA Stromberg  
Ansatz 2009            4.600,- EUR                            Antrag neuer Ansatz 2009            5.520,- EUR

BZA Sünninghausen  
Ansatz 2009            1.300,- EUR                            Antrag neuer Ansatz 2009            1.560,- EUR

BZA Lette  
Ansatz 2009            2.300,- EUR                            Antrag neuer Ansatz 2009            2.760,- EUR

BZA Kirchspiel  
Ansatz 2009            1.300,- EUR                            Antrag neuer Ansatz 2009            1.560,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seiten	Benennung
12.01.01	7852001	696-697	Deckenerneuerung am Weitkampweg

Herr Gresshoff beantragt im Namen der CDU-Fraktion, die Fahrbahndecke des Weitkampweges entlang des Hallenbades bis zu der Einfahrt in das Bau-/Wohngebiet zu erneuern.

Ansatz 2009            0,- EUR                                    Antrag neuer Ansatz 2009            Zu ermitteln

Weiter fragt Herr Gresshoff an, ob die eingeplanten Einnahmen aus Gewerbesteuern für 2009 in Höhe von 19,5 Mio. EUR realistisch seien. Herr Rose erklärt, die Verwaltung habe sich an den Werten des Vorjahres orientiert. Die Oelder Unternehmen hätten signalisiert, dass 2009 noch gut laufen werde. Generell sei die wirtschaftliche Situation in Oelde nicht so schlecht, wie es allgemein dargestellt werde. Sollten sich Änderungen bezüglich der Einnahmen aus Gewerbesteuern ergeben, werde die Politik rechtzeitig informiert. Zunächst müsste dann das Einsparpotential der Aufwendungen geprüft werden. Als letzter Schritt könne über die Erhöhung der Hebesätze nachgedacht werden, so Herr Rose. Herr Bürgermeister Predeick ergänzt, dass in diesem Jahr außerdem noch mit Gewerbesteuernachzahlungen aus den Jahren 2007 und 2008 gerechnet werden könne.

Herr Gresshoff fragt an, ob es nötig sei, zusätzliche Gelder in den Haushalt einzustellen, um allen 183 Anmeldungen an der Realschule einen Platz an der Schule garantieren zu können. Herr Bürgermeister Predeick erklärt, dass im Vorfeld der heutigen Sitzung Gespräche mit der Real- sowie der Pestalozzischule stattgefunden hätten. In der Pestalozzischule sei ein ungenutzter Klassenraum mit separatem Zugang, welcher ca. 70 Meter von der Realschule entfernt liege. Die Nutzung dieses Raumes könne eine Erstlösung darstellen, welche zunächst akzeptabel erscheine. Somit müsste zumindest keinem Oelder Kind eine Absage für die Realschule erteilt werden. Dank der räumlichen Nähe der Schulen im Schulzentrum sei die Stadt hier gut aufgestellt.

Herr Knop erinnert daran, dass im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport den Eltern der betroffenen Kinder ein Elternabend in Aussicht gestellt worden sei. Dieser solle auf jeden Fall stattfinden. Herr Bürgermeister Predeick erklärt, dies mit der Schulleitung und den Eltern abstimmen zu wollen.

Auf Nachfrage von Frau Bushuven erklärt Herr L. Junkerkalefeld, die Abschreibungen des Forums müssten seit der Einführung des NKF im städtischen Haushalt ausgewiesen werden. Herr Rose ergänzt, dass der Ansatz in 2008 niedriger gewesen sei, da in der Eröffnungsbilanz eine einmalige Rückstellung habe gegengebucht werden könne.

### **Anträge und Anfragen der SPD-Fraktion**

Herr Rodriguez trägt die Änderungsanträge der SPD-Fraktion vor.

#### **Ergebnisplan 2009**

<b>Produkt</b>	<b>Maßnahme / HH-Stelle</b>	<b>Seite</b>	<b>Benennung</b>
03.02.08	4591001	294	Andere sonstige ordentliche Erträge

Herr Rodriguez beantragt im Namen der SPD-Fraktion die Gleichsetzung der Einkommensstruktur der Offenen Ganztagschule mit der Einkommensstruktur für Kindertagesstätten. Hierdurch würde eine einfachere Berechnung für Eltern erreicht, Doppellisten seien nicht mehr nötig und Strukturänderungen könnten direkt nachvollzogen werden.

Weiter beantragt die SPD-Fraktion zu dieser Haushaltsposition, dass Familien, von denen mehrere Kinder die OGS oder eine Kita besuchen, nur für ein Kind Beiträge entrichten müssten. Da im Allgemeinen der Kita-Beitrag höher sei, sollte für Geschwisterkinder in der OGS der Beitrag entfallen.

Ansatz 2009                      79.200,- EUR                      Antrag neuer Ansatz 2009                      zu ermitteln

<b>Produkt</b>	<b>Maßnahme / HH-Stelle</b>	<b>Seite</b>	<b>Benennung</b>
01.02.01	5433011	18	Imagekampagne

Herr Rodriguez beantragt im Namen der SPD-Fraktion, die Haushaltsstelle mit einem Sperrvermerk bis mindestens zum Ergebnis der Bürgermeisterwahl am 30.08.2009 zu versehen, falls in der Imagebroschüre Herr Bürgermeister Predeick genannt werde.

Herr Bürgermeister Predeick erklärt, weder sein Name noch sein Bild würden in den Broschüren auftauchen.

Herr Rodriguez zieht daraufhin den Antrag zurück.

<b>Produkt</b>	<b>Maßnahme / HH-Stelle</b>	<b>Seite</b>	<b>Benennung</b>
01.10.01	5212001	110	Unterhaltung der baulichen Anlagen

Herr Rodriguez bittet im Namen der SPD-Fraktion darum, die 250.000,- EUR Instandhaltungskosten für die Roncallischule bei der Erläuterung der Haushaltsstelle explizit auszuweisen.

Ansatz 2009                      1.450.000,- EUR                      Antrag neuer Ansatz 2009                      1.450.000,- EUR

<b>Produkt</b>	<b>Maßnahme / HH-Stelle</b>	<b>Seite</b>	<b>Benennung</b>
02.05.01	5439001	202	Statistik und Wahlen

Herr Rodriguez beantragt im Namen der SPD-Fraktion, die Kosten für die Kommunalwahl am 30.08.2009 auf das Land NRW zu übertragen, da es wirtschaftlicher gewesen wäre, den gezwungenermaßen von der Europawahl am 07.06.2009 losgelösten Kommunalwahltermin mit der Bundestagswahl am 27.09.2009 zu verbinden anstatt einen dritten Wahltermin zu veranschlagen.

Ansatz 2009 (für alle Wahlen) 32.440,- EUR Soll vom Land NRW übernommen werden

<b>Produktgruppe</b>	<b>Maßnahme / HH-Stelle</b>	<b>Seiten</b>	<b>Benennung</b>
02.06		210-221, konkret 218	Sonstige besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen

Herr Rodriguez bittet die Verwaltung zu prüfen, ob der Posten „Öffentlichkeitsarbeit“ in der Produktgruppe 02.06 besser dem Citymanagement zugeordnet werden sollte.

Ansatz 2009 6.000,- EUR Antrag neuer Ansatz 2009 6.000,- EUR

<b>Produkt</b>	<b>Maßnahme / HH-Stelle</b>	<b>Seite</b>	<b>Benennung</b>
03.01.01	5279001	227	Sonstige besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen

Herr Rodriguez beantragt im Namen der SPD-Fraktion, die Qualitätsoffensive Schule für die Jahre 2009 und 2010 in eine Qualitätsoffensive OGS abzuändern. Gegebenenfalls solle die Buchung unter dem Produkt 03.02.08 (OGS) erfasst werden.

Ansatz 2009 50.000,- EUR Antrag neuer Ansatz 2009 50.000,- EUR

<b>Produkt</b>	<b>Maßnahme / HH-Stelle</b>	<b>Seite</b>	<b>Benennung</b>
03.01.01	5291001	227	Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen

Herr Rodriguez erläutert den im Vorfeld der Sitzung verteilten gemeinsamen Antrag der Fraktion der SPD, FWG sowie Bündnis 90 / Die Grünen. In diesem beantragen die genannten Fraktionen, einen externen „Bildungsmanager“ zur Begutachtung und Analyse der Oelder Schul- und Bildungslandschaft – einschließlich Kindertagesstätten – sowie Beratung von Verwaltung, Politik sowie der Bildungseinrichtungen selbst zu beauftragen. Aufgaben eines Bildungsmanagers könnten sein:

- Begutachtung der baulichen, räumlichen und sachlichen Ausstattung der Oelder Bildungseinrichtungen zur Ermittlung des zukünftigen Investitionsbedarfs
- Konzeptionelle Unterstützung der Bildungseinrichtungen bei Einführung neuer Lernformen wie z.B. Ganztagsbetrieb
- Moderation der Abstimmung, Verzahnung und Kooperation der verschiedenen Bildungseinrichtungen, der Jugendhilfeplanung und Schulentwicklungsplanung
- Gewährleistung einer verbesserten Verzahnung der Übergänge Kita – Primarstufe –

## Sekundarstufe – Berufsausbildung

- Perspektiven für den Erhalt aller Bildungsabschlüsse in der Stadt Oelde erarbeiten

Herr Rodriguez erklärt, diese Aufzählung sei beispielhaft und nicht abschließend. Gemäß dem Antrag sollen für die o.g. Planungsstelle folgende Mittel in den Haushalt eingestellt werden:

Ansatz 2009                    0,- EUR                                    Antrag neuer Ansatz 2009                    40.000,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
03.01.01	5291001	227	Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen

Herr Rodriguez erklärt im Namen der SPD-Fraktion, für die o.g. Planungsstelle außerdem 5.000,- für die verstärkte Werbung von Lehramtsanwärtern der Primarstufe einstellen zu wollen, damit diese ihre Praktika im Rahmen Ihres Studiums in Oelder Grundschulen absolvieren. Hierdurch könne unter Umständen eine verbesserte Betreuung der Schüler der Eingangsklassen erreicht werden, da diese immer jünger werden (sollen) (Ansatz z.B. als Fahrtkostenzuschuss o.ä.).

Ansatz 2009                    0,- EUR                                    Antrag neuer Ansatz 2009                    5.000,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
03.02.08	5291001	227	Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen

Herr Rodriguez erklärt im Namen der SPD-Fraktion, diese Planstelle solle für den Fall, dass die Qualitätsoffensive Schule gemäß des Antrages der SPD-Fraktion für die nächste Zeit in eine Qualitätsoffensive OGS umgewandelt werde, ggf. um die 50.000,- EUR der Qualitätsoffensive Schule (03.01.01.5279001; dort könnten die 50.000,- EUR dann wegfallen) erhöht werden. Ziel einer „Qualitätsoffensive 2009 OGS“ sei die Steigerung des städtischen Anteils auf 2,- EUR / Kind / Tag zur Qualitätssteigerung.

Ansatz 2009                    444.700,- EUR                                    Antrag neuer Ansatz 2009                    494.700,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
03.XX.XX	5272001		Schülerbeförderungskosten

Herr Rodriguez beantragt im Namen der SPD-Fraktion, die durch Ratsbeschluss aus dem Jahr 2008 beschlossene Sitzplatzgarantie in Schulbussen fortzuführen.

Ansatz 2009                    726.600,- EUR                                    Antrag neuer Ansatz 2009                    881.600,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seiten	Benennung
03.03.XX	5272001	299-342	Schülerbeförderungskosten (Sekundarstufe)

Herr Rodriguez beantragt im Namen der SPD-Fraktion die Einführung einer „Fahrradpauschale“ für Kinder und Jugendliche, die freiwillig auf die Beförderung mit dem Bus verzichten. Dieses System sei in Gütersloh mit großem Erfolg eingeführt und als intelligentes Sparen von Steuergeldern gelobt worden.

Nähere Informationen befänden sich hinter dem Link [http://www.kgst.de/menu\\_links/produkte/weitere\\_veroeffentlichungen/vortraege\\_und\\_aufsaeetze\\_von\\_kgst\\_mitarbeitern/kgst\\_materialien\\_nr\\_3\\_2005/kgst\\_preis\\_intelligent\\_sparen\\_2005/m3\\_kgstpreis2005.pdf](http://www.kgst.de/menu_links/produkte/weitere_veroeffentlichungen/vortraege_und_aufsaeetze_von_kgst_mitarbeitern/kgst_materialien_nr_3_2005/kgst_preis_intelligent_sparen_2005/m3_kgstpreis2005.pdf) und dort auf Seite 17.

Ansatz 2009 530.300,- EUR Antrag neuer Ansatz 2009 Zu ermitteln

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
05.01.05	5318012	404	Aufwendungen für Leistungen Familienpass

Herr Rodriguez beantragt im Namen der SPD-Fraktion eine Erhöhung des Ansatzes um die folgenden Punkte:

- a) Einbeziehung Wohngeldempfänger
- b) Zuschuss für Kosten Mittagessen an den Kitas wie bei OGS
- c) freier Eintritt in den Vier-Jahreszeiten-Park
- d) verstärkte Öffentlichkeitsarbeit über die Oelder Familienzentren

Herr Rodriguez erklärt, der folgende Ansatz sei geschätzt. Die genaueren Zahlen sollten von der Verwaltung erarbeitet werden.

Ansatz 2009 5.500,- EUR Antrag neuer Ansatz 2009 45.000,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seiten	Benennung
05.03.01	Personalaufwendungen	417-421	Wohn- und Pflegeberatung

Herr Rodriguez zitiert aus dem SEK 2015+:

„Die Stadt Oelde muss planungsrechtlich sicherstellen, dass bei entsprechender Nachfrage im Innenstadtbereich weitere altengerechte Wohnformen ermöglicht werden. In Oelde fehlen seniorengerechte Mietwohnungen im unteren Preissegment. Hier sollte die Stadt als Eigentümerin städtischer Wohnungen Umbau- und Anpassungsmaßnahmen durchführen; ebenso gefordert sind die in Oelde vertretenen Wohnungsbaugesellschaften. Eine umfassende Beratung zu möglichen Veränderungen in der eigenen Wohnung, im eigenen Haus oder der Mietwohnung ermöglicht den Betroffenen solange wie möglich ein eigenständiges Leben im gewohnten Umfeld. Zur Beratung gehört auch die Information über finanzielle Fördermöglichkeiten. Eine kostspielige Heimunterbringung lässt sich dadurch hinausschieben. Die Pflege- und Wohnberatung ist auszubauen, um dem steigenden Bedarf gerecht zu werden und die Kosten für die Krankenkassen und Kommunen als Sozialleistungsträger möglichst gering zu halten. Dies sollte ggf. durch einen externen Berater z.B. der Verbraucherzentrale erfolgen.“

Die SPD-Fraktion beantragt daher die Erhöhung der o.g. Planungsstelle.

Ansatz 2009 9.916,- EUR Antrag neuer Ansatz 2009 25.000,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
06.01.02	5291001	465	Schulsozialarbeit

Herr Rodriguez erklärt, die Einrichtung und Ausweitung einer Schulsozialarbeit sei sehr lobenswert. Der Haushaltsansatz für das Jahr 2009 müsse nach Meinung der SPD-Fraktion jedoch korrekterweise 72.550,- EUR betragen, da die halbe Stelle in der Schulsozialarbeit nur für ein halbes Jahr kassenwirksam werde. Erst ab 2010 würden 30.000,- EUR für diese Stelle anfallen.

Ansatz 2009 87.550,- EUR Antrag neuer Ansatz 2009 72.550,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
09.01.03	5291001	589	Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen

Herr Rodriguez beantragt im Namen der SPD-Fraktion eine bauliche Begutachtung der (alten) Erich-Kästner-Schule unter Berücksichtigung einer möglichen Weiternutzung als Bildungs- und Begegnungszentrum. Zudem solle die unter dieser Planstelle aufgeführte „Gestaltungssatzung“ für die Verwendung der Mittel gestrichen werden.

Ansatz 2009 15.000,- EUR Antrag neuer Ansatz 2009 25.000,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
15.01.01	5433010	794	Öffentlichkeitsarbeit

Herr Rodriguez erklärt, die SPD-Fraktion habe bislang keine plausible Erklärung für die Höhe des Ansatzes. Zudem sollten auch die Mittel für den Nachdruck der englischsprachigen Imagebroschüre bis zum Ergebnis der Bürgermeisterwahl am 30.08.2009 mit einem Sperrvermerk versehen werden.

*(Nachrichtlich: Auch in der englischsprachigen Version der Imagebroschüre wird Herr Bürgermeister Predeick weder namentlich noch mit Bild erwähnt. Ein Sperrvermerk für den Nachdruck der Broschüre erscheint daher unnötig.)*

Ansatz 2009 60.000,- EUR Antrag neuer Ansatz 2009 30.000,- EUR

### Finanzplan 2009

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
01.10.02	6500.7822001	130	Auszahlungen für den Erwerb von Wohnbaugrundstücken

Herr Rodriguez erklärt, die SPD-Fraktion beantrage, in den nächsten Jahren keine weitere Ausweitung von Grundstücken vorzunehmen. Derzeit seien im gesamten Stadtgebiet noch ca. 90 Grundstücke verfügbar.

Ansatz 2009 540.000,- EUR Antrag neuer Ansatz 2009 100.000,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
ALT in 2008: 03.03.01	8006.7851001		Konzept für die zukünftige Nutzung der Overbergschule

Herr Rodriguez erklärt, den o.g. Ansatz aus dem Jahr 2008 im Haushaltsplanentwurf 2009 nicht wiederfinden zu können und fragt an, ob in den folgenden Jahren keine Hochbaumaßnahmen vorgesehen seien und dies im Haushalt 2008 falsch gebucht worden sei.

Ansatz ALT 2008 420.000,- EUR Antrag Ansatz 2009 Zu ermitteln

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
11.01.02	5007.7852001	669	Kanalerweiterung Innenstadt Nord

Herr Rodriguez beantragt in Namen der SPD-Fraktion, den Ansatz dieser Planungsstelle auf die im Haushalt 2008 beschlossene Größenordnung zu senken.

Ansatz 2009  
Inkl. VE                      671.000,- EUR                      Antrag neuer Ansatz 2009                      655.000,- EUR  
Inkl. VE

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
12.01.01	5007.7852001	696	Straßenerweiterung Innenstadt Nord

Herr Rodriguez beantragt in Namen der SPD-Fraktion, auch diesen Ansatz auf die im Haushalt 2008 beschlossene Größenordnung zu senken.

Ansatz 2009                      2.090.000,- EUR                      Antrag neuer Ansatz 2009                      1.513.500,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
12.01.01	4014.7852001	696	Deckenverstärkung Am Landhagen, Verpflichtungsermächtigung

Herr Rodriguez erklärt, die Maßnahme solle erst 2011 umgesetzt werden, daher sei die Verpflichtungsermächtigung nicht nachvollziehbar. Ähnlich der Planung und Argumentation bei der Innenstadt Nord sollte die zeitliche Nähe zur Bewilligung der Landesmittel gesucht werden. Auch der Kreis Warendorf habe keinen Druck in dieser Sache, daher solle zunächst der Ausbau der K13 abgewartet und erst dann der Landhagen ausgebaut werden. Dieser sei in einem weitaus besseren Zustand als die K13, so Herr Rodriguez. Außerdem müsse die Maßnahme zunächst im Fachausschuss vorbesprochen werden (z.B. inwieweit ein Kreisverkehr sinnvoll sei, ob ggf. eine geänderte Vorfahrtsregelung den gewünschten Effekt bringe etc.).

Ansatz VE 2009    2.210.000,- EUR                      Antrag neuer Ansatz VE 2009                      0,- EUR

Des Weiteren fragt Herr Rodriguez an, ob im Haushaltsplanentwurf 2009 Mittel zur Errichtung eines behindertengerechten Zuganges zur Aula des Thomas-Morus-Gymnasiums eingestellt seien. Dies habe er der Verwaltung bereits in einem Fragenkatalog vor den Haushaltsberatungen mitgeteilt. Er bittet um Prüfung und Mitteilung.

Im Folgenden stellt Herr Rodriguez die Änderungsanträge der SPD-Fraktion zu den Ergebnis- und Finanzplänen der Jahre 2010 bis 2012 kurz vor. Diese Anträge sind in der als Anlage beigefügten gesamten Änderungsliste erfasst. Insbesondere stellt Herr Rodriguez die folgenden Änderungsanträge heraus:

### Ergebnisplan 2010

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
16.01.01	5516001 und 5517001	805	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Herr Rodriguez erklärt, es sei nicht nachvollziehbar, warum die Zinsbelastung trotz sinkender Schulden steige. Daher beantrage die SPD-Fraktion die Herabsetzung der Ansätze auf die Werte des Haushaltes 2008.

Ansatz 2010            2.273.000,- EUR            Antrag neuer Ansatz 2010            2.007.910,- EUR

### Finanzplan 2010

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
01.10.01	2018.7851001	115	Bau eines Parkhauses in der Innenstadt

Herr Rodriguez beantragt im Namen der SPD-Fraktion, diese Planungsstelle mit einem Sperrvermerk zu versehen und nur umzusetzen, wenn die Einzahlung aus dem Produkt 12.01.01, Maßnahme 1987, Konto 6881001 realisiert werden könne.

Ansatz 2010            1.500.000,- EUR            Antrag neuer Ansatz 2010            1.500.000,- EUR  
mit Sperrvermerk

### **Anträge und Anfragen der FWG-Fraktion**

Herr Knop erklärt, dass die FWG-Fraktion viele der von den anderen Fraktionen bereits vorgestellten Änderungsanträge ähnlich sehe. Im Folgenden stellt Herr Knop weitere Änderungsanträge der FWG-Fraktion vor.

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
03.01.01	5291001	227	Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen

Herr Knop verweist auf den bereits durch Herrn Rodriguez vorgestellten gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD, FWG und Bündnis 90 / Die Grünen, einen externen „Bildungsmanger“ zu beauftragen.

Ansatz 2009            0,- EUR            Antrag neuer Ansatz 2009            40.000,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
03.XX.XX	5272001		Schülerbeförderungskosten

Herr Knop beantragt im Namen der FWG-Fraktion, die durch Ratsbeschluss aus dem Jahr 2008 beschlossene Sitzplatzgarantie in Schulbussen fortzuführen.

Ansatz 2009            726.600,- EUR            Antrag neuer Ansatz 2009            881.600,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
05.01.05	5318012	404	Aufwendungen für Leistungen Familienpass

Herr Knop beantragt im Namen der FWG-Fraktion eine Erhöhung des Ansatzes.

Ansatz 2009                    5.500,- EUR                    Antrag neuer Ansatz 2009                    45.000,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
01.10.01	5212001	110	Unterhaltung der baulichen Anlagen

Herr Knop beantragt im Namen der FWG-Fraktion die Sanierung der Fenster der Realschule. Der von der FWG-Fraktion beantragte Ansatz sei eine Schätzung, daher werde die Verwaltung gebeten, die genauen Kosten zu ermitteln.

Ansatz 2009                    0,- EUR                    Antrag neuer Ansatz 2009                    60.000,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
06.XX.XX	5XXXXXX		Baukindergeld

Herr Knop beantragt in Namen der FWG-Fraktion, ein Baukindergeld in den Haushaltsplan einzustellen, um junge Familien zu fördern.

Ansatz 2009                    0,- EUR                    Antrag neuer Ansatz 2009                    80.000,- EUR

Weiterhin fragt Herr Knop an, ob die Tarifierhöhung für den öffentlichen Dienst schon im Haushaltsplanentwurf enthalten sei. Herr Bürgermeister Predeick erklärt, dass von der Tarifierhöhung zunächst nur die Angestellten der Länder betroffen seien. Ob und wann sich eine Regelung für die Arbeitnehmer der Kommunen ergebe, stehe derzeit nicht fest.

### ***Anträge und Anfragen der FDP-Fraktion***

Herr Voelker stellt die Änderungsanträge der FDP-Fraktion vor.

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
01.10.01	2018.7851001	115	Bau eines Parkhauses in der Innenstadt

Herr Voelker beantragt im Namen der FDP-Fraktion, die Mittel für den Bau eines Parkhauses zu streichen.

Ansatz 2010                    1.500.000,- EUR                    Antrag neuer Ansatz 2010                    0,- EUR



Herr Voelker beantragt im Namen der FDP-Fraktion, die genauen Kosten, mit denen die Stadt Oelde am Ausbau des Landhagens / der K13 beteiligt sei, zu ermitteln und mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Für die Verwendung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II stellt Herr Voelker im Namen der FDP-Fraktion folgende Anträge:

- energetische Maßnahmen wie z. B. Sanierung der Fenster in der Realschule
- infrastrukturelle Maßnahmen wie z. B. die Erweiterung der Turnhalle der zukünftigen „Erich-Kästner-Schule“ zu einer „Dreifachturnhalle“.
- informationstechnologische Maßnahmen z.B. „High-Speed-Internet“ oder drahtlose Internetverbindung für ganz Oelde

### **Anträge und Anfragen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Frau Brommann stellt die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vor.

#### **Ergebnisplan 2009**

<b>Produkt</b>	<b>Maßnahme / HH-Stelle</b>	<b>Seite</b>	<b>Benennung</b>
03.01.01	5291001	227	Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen

Frau Brommann verweist auf den bereits durch Herrn Rodriguez vorgestellten gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD, FWG und Bündnis 90 / Die Grünen, einen externen „Bildungsmanger“ zu beauftragen.

Ansatz 2009                      0,- EUR                      Antrag neuer Ansatz 2009                      40.000,- EUR

<b>Produkt</b>	<b>Maßnahme / HH-Stelle</b>	<b>Seite</b>	<b>Benennung</b>
01.03.01	50XXXXX		Erhöhung der Stunden der Gleichstellungsbeauftragten

Frau Brommann erklärt, bislang sei im Haushaltsplanentwurf 2009 kein Ansatz für die Gleichstellungsbeauftragte ersichtlich und beantragt, die Arbeitszeit der Gleichstellungsbeauftragten von 15 auf 20 Stunden zu erhöhen.

Ansatz 2009                      25.000,- EUR\*                      Antrag neuer Ansatz 2009                      33.500,- EUR

\*Gesamtsumme aus einzelnen Planungsstellen

<b>Produkt</b>	<b>Maßnahme / HH-Stelle</b>	<b>Seite</b>	<b>Benennung</b>
01.10.01	5242001	111	Aufwendungen für die Bewirtschaftung der baulichen Anlagen

Frau Brommann beantragt im Namen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, Mittel für außerordentliche Maßnahmen, die die Wirtschaftlichkeit der Raumnutzung in Bezug auf Energieverbrauch und -effizienz verbessern (z.B. Schulungen), einzustellen.

Ansatz 2009 1.600.000,- EUR Antrag neuer Ansatz 2009 1.610.000,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
03.01.01	5279001	227	Sonstige besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen

Frau Brommann erklärt, ein Finanzrahmen von 20.000,- EUR reiche für die Qualitätsoffensive aus. Die weiteren 30.000,- EUR sollten zielgerichtet in der OGS und Sprachförderung der KiTas eingesetzt werden

Ansatz 2009 50.000,- EUR Antrag neuer Ansatz 2009 20.000,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
03.02.08	5291001	295	Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen - OGS

Frau Brommann beantragt im Namen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, die Qualität der offenen und gebundenen Ganztagschule z.B. durch Schulungen und Fortbildungen für ehrenamtliches Personal sowie die Beschaffung von Materialien zu verbessern.

Ansatz 2009 444.700,- EUR Antrag neuer Ansatz 2009 459.700,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
05.04.XX	50XXXXX		Integrationsbeauftragter

Frau Brommann erklärt, mit dem Integrationskonzept "Komm-in" sei ein Prozess angestoßen worden, der weiterhin begleitet und weiterentwickelt werden solle. Daher beantrage sie im Namen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen die Einstellung einer halben Stelle eines/einer „Integrationsbeauftragten“.

Ansatz 2009 0,- EUR Antrag neuer Ansatz 2009 30.000,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
05.04.01	5433010	433	Öffentlichkeitsarbeit für Integration

Zudem müssten auch Mittel für eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit zum Thema „Integration“ bereitstehen, so Frau Brommann.

Ansatz 2009 0,- EUR Antrag neuer Ansatz 2009 5.000,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
06.03.01	5234001	522	Erstattung für Aufwendungen von sonstigen öffentlichen Bereichen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Frau Brommann beantragt im Namen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, den Zuschuss für eine Spielgruppe im Kinderhaus sowie für Aufwendungen für die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege zu erhöhen, um qualifizierteres Personal vorhalten zu können.

Ansatz 2009 120.000,- EUR Antrag neuer Ansatz 2009 130.000,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
06.03.01	5314001	522	Aufwendungen für Zuweisungen an sonstige öffentliche Bereiche

Frau Brommann beantragt im Namen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, eine weitere Förderung von Kindern mit sprachlichen Defiziten, da die Sprachförderung nach Delfin IV nicht ausreichend sei.

Ansatz 2009 4.775.000,- EUR Antrag neuer Ansatz 2009 4.795.000,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
12.03.01	Neu: 5291001		Mobilitätskonzept für Oelde

Frau Brommann beantragt im Namen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen die Entwicklung eines bedarfsgerechten Mobilitätskonzeptes über den Individualverkehr hinaus.

Ansatz 2009 0,- EUR Antrag neuer Ansatz 2009 10.000,- EUR

### Finanzplan 2009

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
12.01.01	4014.7852001	706	Deckenverstärkung Am Landhagen

Frau Brommann beantragt im Namen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, die Umsetzung der Baumaßnahmen am Landhagen um jeweils ein Jahr zu verschieben und die Ansätze ggf. zu verringern.

Ansatz 2009 50.000,- EUR Antrag neuer Ansatz 2009 0,- EUR

### Ergebnisplan 2010

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
16.01.01	4013001	803	Gewerbesteuereinnahmen

Frau Brommann erklärt, aufgrund der wirtschaftlich schlechten Lage sei mit einem Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen in den kommenden Jahren zu rechnen. Dies solle auch in den entsprechenden Veranschlagungen im Haushalt dargestellt werden.

Ansatz 2009 19.500.000,- EUR Antrag neuer Ansatz 2009 16.500.000,- EUR

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Änderungsliste der Verwaltung sowie die Änderungslisten der Fraktionen zur Kenntnis.

**8. Verschiedenes****8.1. Mitteilungen der Verwaltung**

Entfällt.

**8.2. Anfragen an die Verwaltung**

Herr Knop fragt an, ab welchem Zeitpunkt die Anwohner des neuen Stromberger Baugebietes südlich der Beckumer Straße einen rechtlichen Anspruch auf den Endausbau hätten. Herr Hauke erklärt, dies prüfen zu wollen und in der Sitzung des Ausschusses für Planung und Verkehr am 11.03.2009 mitzuteilen.

Frau Bushuven erklärt, die Breite der Von-Manger-Straße links neben dem Hallenbad erscheine ihr sehr schmal. Herr Hauke erklärt, die Straße sei ordnungsgemäß vermessen worden. Er werde jedoch eine erneute Prüfung veranlassen. Herr Jathe erklärt, die Straße sei breit genug. Bei entgegenkommendem Verkehr müsse einer der beiden Verkehrsteilnehmer jedoch halten, was sinnvoll für die Regulierung der Geschwindigkeit sei.

Herr Voelker erklärt, er habe gehört, das Land NRW werde den Bereich der Ortseinfahrt Oelde der L792 für 110.000,- EUR ausbauen. Herr Mülders erklärt, hierbei handle es sich um die Verlängerung der Ennigerloher Straße parallel zur Eisenbahnlinie. Wann der Ausbau erfolge stehe jedoch noch nicht fest.

Helmut Predeick  
Vorsitzender

Johannes Stür  
Schriftführer